Frank-Loeb-Gastprofessur: Udo Di Fabio

Udo Di Fabio steht für eine starke Meinung. Unter seiner Federführung billigte das Bundesverfassungsgericht 2009 den Vertrag von Lissabon, das letzte große Reformwerk der Europäischen Union, als verfassungsgemäß, forderte dabei aber eine stärkere Beteiligung des Bundestages. ***Sven Wenzel*** sprach mit dem Richter, der Ende 2011 aus seinem Amt in Karlsruhe ausschied.

Professor Di Fabio, ein Gedankenexperiment: Am Campus Landau findet einmal im Jahr eine sogenannte „Kinder-Uni" statt. Stellen Sie sich vor, Sie halten dort im Rahmen Ihrer Gastprofessur eine Vorlesung. Ein Grundschüler fragt: „Was ist europäisch?" Was antworten Sie ihm?

Wir in Bonn haben auch eine Kinder-Universität. Ich habe noch nie daran teilgenommen und fürchte mich auch vor der Notwendigkeit, so zu vereinfachen, dass es Acht- oder Zehnjährige verstehen. Europa ist so kompliziert, dass man es Erwachsenen oder sogar Intellektuellen nur sehr schwer erklären kann. Kindern würde man sagen, dass das Europa heute ein Europa friedlicher Staaten ist, die miteinander zusammenarbeiten wie gute Freunde – dabei aber weiterhin ihre eigenen Wohnungen und Haushalte betreiben.

Bei der Verleihung der Frank-Loeb-Gastprofessur haben Sie die These formuliert, dass sich die Staaten Europas zu Getriebenen wirtschaftlicher Prozesse gemacht hätten. Sie fordern eine solide Stabilitätspolitik. Reicht das wirklich aus zur Lösung allen Übels?

Stabilitätspolitik und eine Politik des Maßes, die auch auf die Herstellung einer funktionierenden Wettbewerbsordnung zielt, gehören zusammen. Die Orientierung der Politik auf Wirtschaftswachstum ist keineswegs zufällig entstanden, sondern entspricht dem, was die Bürger erwarten. Die Frage ist nur, mit welchen Mitteln man zu einem gesunden Wirtschaftswachstum kommt. Das ist eine ähnliche Entwicklung wie wir es auch bei der Umweltpolitik beobachtet haben. Man kann nicht mit jedem Mittel die wirtschaftlichen Aktivitäten steigern, wenn man dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Am Ende stünde auch keine prosperierende Wirtschaft mehr. Das haben wir in Europa gelernt, und wir werden jetzt auch lernen müssen, dass man nicht mit Schulden immer wieder Strohfeuer in der Wirtschaft anheizen kann, ohne irgendwann eine Rechnung begleichen zu müssen.

Also liegt der große Fehler in der Vergangenheit. Die Politik hat zu sehr versucht, die Wirtschaft zu steuern?

Die Vorstellung ist, dass über die öffentliche Haushaltswirtschaft, über die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Körperschaften – Bund, Länder, Gemeinden – die Volkswirtschaft gesteuert werden kann. Dieses Mittel darf aber nur sparsam eingesetzt, wenn konjunkturelle Effekte mit Schulden finanziert werden. Wer sich auf das Deficit Spending einlässt, kommt nicht ohne Weiteres davon wieder los, weil die Erwartungen aller Akteure und die der öffentlichen Meinung darauf gerichtet sind, dass der Staat weitermacht, wenn die Konjunktur lahmt. Das konnte man während der Weltfinanzkrise ganz deutlich beobachten, als Deutschland international kritisiert wurde, nicht genug schuldenfinanzierte Ausgabeprogramme

aufzulegen. Man hat sich seit Jahrzehnten daran gewöhnt, dass der Staat so etwas tut. Es ist schwer, sich aus den Folgewirkungen vorangegangenen Tuns zu befreien.

Sie fordern einen Mentalitätswandel, weg von der schuldenfinanzierten Nachfragepolitik. Sie wünschen sich eine Besinnungspause. Mit „Pause“ geht zunächst auch immer einmal Stillstand einher …

Wenn man sich auf eine katastrophale Entwicklung, auf einen Abgrund zubewegt, ist Stillstand das Beste, was passieren kann. Der Stillstand bezieht sich nicht auf die Entwicklung einer modernen und mobilen Gesellschaft. Der Stillstand, das kurze Verschnaufen, meint die Aktivitätsprogramme der Politik. Erkennt die Politik, dass ihre Programme von gestern zu Strukturproblemen geführt haben, muss sie sich die Zeit nehmen, darüber nachzudenken, mit welchen neuen Programmen sie es nun versucht. Sie kann nicht einfach so weitermachen, das ist gefährlich.

Die Strukturprobleme in Deutschland wurden nicht durch das letzte Konjunkturprogramm 2009 erzeugt, sondern in den 70er Jahren. Wie lange dauert es, Fehleinschätzungen, die Jahrzehnte zurückliegen, zu korrigieren?

Wenn ich von einem Mentalitätswandel spreche, dann lenke ich den Blick etwas weg von den politisch Handelnden und hin zu den Bürgern. Es kommt letztlich darauf an, was die Bürger vom politischen Handeln erwarten. Wenn die Bürger falsche Erwartungen hegen oder auch Versprechungen folgen, die Politiker machen, um gewählt zu werden, entstehen Probleme. Solche politischen Probleme können wir etwa in Griechenland beobachten, wo jetzt mit der Neuwahl die Verantwortung an das Volk zurückgegeben wurde. Wenn das Volk mehrheitlich die wählt, die keine konstruktive Politik machen, dann wird man in einer freien Gesellschaft sagen müssen, dass die Mentalität dafür verantwortlich ist. Wir alle als Bürger tragen mehr Verantwortung als unsere Wahrnehmungsmuster der Zuschauerdemokratie es uns nahe gelegt haben.

Wenn der Fokus auf dem Bewusstsein der Bürger liegt, welche Rolle spielt dann der Staat?

Ich sage nicht, dass der Staat kein Akteur mehr sein soll. In manchen Feldern sollte der Staat nach meiner Auffassung sogar aktiver sein. Wenn es um die Ordnung der globalen Finanzwirtschaft geht, darf der Staat ruhig mehr tun, nicht weniger. Manches ist als Deregulierung verkauft worden, was im Grunde genommen Wachstumseffekte erzeugen sollte, in dem man Bereiche frei lässt, die zuvor und klugerweise strenger Aufsicht unterlagen. Die Banken sind ein Beispiel. Ich bin nicht pauschal dafür, dass sich der Staat zurücknimmt. Ein Teil der Probleme ist sogar entstanden, weil er sich zu stark zurückgenommen hat. Es geht um die Frage, ob der Staat dauerhaft über seine Verhältnisse leben kann. Wir müssen auch sehen, dass es in manchen Bereichen einfach darum geht, zu rechtlichen Vorgaben zurückzukehren. Zu den Vorgaben der deutschen Verfassung zum Beispiel oder zu den Vorgaben der Europäischen Verträge, was etwa die Stabilitätskriterien angeht.

Der Staat weiterhin als Akteur, trotzdem Europäische Integration. Wie schwer ist es, das richtige Verhältnis zwischen Staatssouveränität und einer supranationalen Institution wie der EU zu finden?

In den letzten Jahren mache ich mir Sorgen um den Fortgang der Europäischen Integration. Man durfte auch schon einmal Sorgen haben vor einer übermäßigen Regulierung, die aus Brüssel stammt. Für einen guten Demokraten ist es immer eine Sorge, wenn der Staat zu viel reguliert. Aber heute gehen meine Sorgen nicht in Richtung Brüsseler Überregulierung, sondern dahin, dass die Staaten die Grundlagen für eine funktionierende Union dauerhaft erhalten können. Die Staaten müssen demokratisch stabil bleiben, sie müssen wirtschaftlich stabil bleiben und sie müssen fiskalisch stabil bleiben. Sonst kann die Europäische Union nicht gelingen. Es heißt immer, dass manche Probleme einfach zu groß für die einzelnen Staaten seien. Das ist in vielen Fällen völlig richtig. Allerdings darf man das nicht zu einseitig betonen. Man sollte auch sagen, dass bestimmte Fehlentwicklungen nur von den Staaten korrigiert werden können, wie eben die Probleme ihrer Haushaltswirtschaft oder die Wiedergewinnung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit. Mit welchen Mitteln soll die Europäische Union solche Probleme lösen, ohne in Misskredit zu geraten? Es gibt Sachen, die in Eigenverantwortung angegangen werden müssen. Das gilt für die Bürger, die – zu Recht – wenn sie in Not sind, Hilfe erwarten dürfen. Sie dürfen aber nicht erwarten, dass andere ihr Leben organisieren, denn sonst gelingt es nicht, eine freiheitliche Gesellschaft zu gestalten. Eine freiheitliche Europäische Union gelingt nicht, wenn Staaten eines Tages in Desorganisation versinken und sehnsüchtig auf Hilfe aus Brüssel warten.

Die Staatenwelt Europas ist das Eine, die Bürger das Andere. Die Idee eines geeinten Europa ist in den Köpfen vieler noch nicht angekommen. Warum können die Menschen Europa nicht „fassen"?

Europa ist in seiner politischen Verfasstheit, in seiner rechtlichen Ausgestaltung, sehr kompliziert. Ich benötige immer sehr viel Zeit, um es zu erklären – ein Politiker hat diese Zeit nicht. Deshalb bleibt vieles oft auf dem Niveau einfacher Programmaussagen. „Europa ist gut" oder „Fällt der Euro, fällt Europa" sind Beispiele. Auf diese Weise wird verkürzt, um die Botschaften zu vermitteln. Weil Europa aber kompliziert und voraussetzungsvoll ist, kann die Wirklichkeit mit solchen einfachen Formeln eben doch nicht erfasst werden. Das spüren die Bürger, dann sehen sie Widersprüche. Dieses Problem ist außerordentlich schwer zu lösen. Idealismus ist wichtig, was die Grundidee Europas betrifft. Unser Kontinent hat immer darunter gelitten, dass die Nationen Europas gegeneinander Krieg geführt haben. Die Europäische Union sorgt nicht nur für den Frieden, sondern stärkt auch das Gewicht Europas in der Welt. Aber auch in seiner Grundidee gelingt Europa nur, wenn die Vielfalt der Völker Europas erhalten bleibt und wenn nicht die Angst entsteht, dass Europa zu einer Fremdherrschaft wird. Davor haben wir Deutsche vielleicht am wenigstens Angst. Es gibt aber Nachbarn in Europa, die Angst vor einer Europäischen Union haben, in der die Deutschen zu viel zu sagen haben. Es gilt zu fragen, was die ausgewogenen Ordnungen Europas sind, die man den Menschen auch verständlich machen kann.

Steht der europäische Gedanke Gefühlen wie Heimatverbundenheit oder Lokalpatriotismus gegenüber?

Nein, es ist sogar eine ur-europäische Eigenschaft. Was ist die Identität der Europäer? Sie haben schon einen großen Anlauf gebraucht, um sich in

Nationalstaaten zusammenzuschließen, weil sie ursprünglich noch regionaler verankert waren. Europa ist immer das Europa der Vielfalt. Es ist nie durch Mandarine regiert worden, die den ganzen Kontinent durchorganisiert hätten. Europa ist immer vielfältig in seinen Regionen und in seinen Sprachen gewesen. Das sollten wir als Vorteil begreifen, nicht als Nachteil. Wir sollten uns nicht immer beklagen, dass wir keine einheitliche Sprache haben und alles babylonisch verwirrt sei. Als Europäer sind wir ein Quell von Ideen und Tatkraft aus kultureller Vielfalt. Vor und nach den Kriegen ist immer das kulturelle Leben gewachsen. Die großen Ideen sind aus Europa gekommen, die Gestaltungskräfte – und daran müssen wir anknüpfen.

Die Vielfalt drückt sich in Deutschland unter anderem durch 16 Bundesländer aus. Es ist doch schon schwer genug, die unzähligen Regionen auf nationalstaatlicher Ebene zu einen…

Ich bin kein Anhänger eines Zentralstaates. Wenn man meint, man könne Schulpolitik durch ein Bundesministerium besser gestalten als in den vielen Bundesländern, ist das ein Irrtum. Der Föderalismus hat Qualitäten, die wir in unserem Bestreben, die Welt einheitlich zu verstehen, nicht immer richtig wahrnehmen. Die Menschen wollen natürlich einen Entscheidungsort, ein Gesicht haben – am besten für die ganze Welt. Aber das funktioniert so nicht! Demokratische Entscheidungsprozesse gehorchen dem Grundsatz der Subsidiarität, sie müssen auch „unten“ die Bürger ansprechen. Das ist auch eines der Geheimnisse der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie, die Bürger vor Ort mobilisieren soll. Dass Länder ein Eigenleben führen, eigene Verfassungsräume bilden, ist sicher kein Nachteil.

Prof. Sarcinelli hat Sie in seiner Laudatio zur Frank-Loeb-Gastprofessur als Menschen charakterisiert, „der nicht das Licht der Öffentlichkeit scheut“, „der mit dem Seziermesser tief in das Fleisch der Gesellschaft schneidet“. Wie wichtig ist es, in einer gefühlt immer „glatter“ werdenden Gesellschaft, eine starke Meinung zu vertreten?

Ich beobachte in den letzten Jahrzehnten eine gewisse Tendenz zu einer Konformität des Denkens, weil man bestimmte Entwicklungen nicht gefährden will. Das bezieht sich hauptsächlich auf bestimmte und gute Ideen und Institutionen. Ich beispielsweise bin ein Freund der Europäischen Union und ich bin auch ein Anhänger des Wirtschaftwachstums. Ich halte es für notwendig, um den sozialen Ausgleich zu fördern. Allerdings würde ich mir immer das Recht herausnehmen, sowohl die konkrete Politik der Europäischen Union als auch die Methoden um Wirtschaftswachstum herbeizuführen, zu kritisieren. Wenn wir beginnen, Kritik für unzulässig zu erklären, dann machen wir einen großen Fehler. Demokratische Gesellschaften leben von kritischen Staatsbürgern. Dem Vorwurf, Kritiker würden ihre Meinungsfreiheit missbrauchen, um Dinge zu sagen, die die Öffentlichkeit eigentlich nicht hören möchte, dieser Aversion gegen Kritiker, kann ich nichts abgewinnen.

Sie waren von 1999 bis Dezember 2011 Bundesverfassungsrichter. Haben Sie, rückblickend auf Ihre Arbeit in Karlsruhe, an Profil gewonnen?

Wer in Karlsruhe als Richter tätig ist, nimmt Teil am Ansehen einer großen und anerkannten Institution. Das Bundesverfassungsgericht gilt bei den Bürgern ganz zu Recht als juristisch unbestechlich und politisch unabhängig. Manchmal wird es auch als politischer Akteur gesehen, der es bei genauerem Hinsehen aber nicht so sehr ist. Die 16 Richter spüren, dass die Reputation des Gerichts ein Stück weit auch ihnen zuwächst. Das ist für jemanden, der als Professor ohnehin den öffentlichen Raum sucht, durchaus etwas Günstiges. Solange man Richter ist, ist es aber auch eine schwere Last, weil man immer aufpassen muss, dass man sich nicht zu weit vorwagt und nicht den Eindruck erweckt, man sei in manchen politischen oder rechtlichen Sachverhalten voreingenommen.

Fällt es schwer, diese Objektivität, die ein Richter ausstrahlen muss, zu wahren?

Es ist schwer, wenn man als Verfassungsrichter auch in der Öffentlichkeit wirkt. Ich glaube, dass Richter des Bundesverfassungsgerichts das dürfen, und denke, dass es die Bürger manchmal sogar erwarten. Sie wollen diese Richter zu Gesicht bekommen bei öffentlichen Vorträgen oder auch gelegentlich in der Zeitung lesen, was die Richter zu bestimmten Problemen jedenfalls auf einem allgemeinen und nicht tagespolitischen Niveau meinen. In einer demokratischen Öffentlichkeit wollen die Bürger Akteure, die etwas zu sagen haben, kennenlernen. Aber weil die Richter des Bundesverfassungsgerichts eben auch Richter und somit zu Zurückhaltung verpflichtet sind, wird immer auch ein Spannungsverhältnis erzeugt.

Sie haben die Gastprofessur in Landau mit dem „Bambi für das Lebenswerk“ verglichen. Welchen Stellenwert hat diese Ehrung für Sie?

Es ist für einen Professor keineswegs üblich, solche Ehrungen zu bekommen. Deshalb fällt jede Ehrung ins Gewicht. Es ist nicht so, dass man solche Ehrungen sammelt oder gar erwartet. Ich weiß, dass Universitäten sich etwas dabei denken, wenn sie solche Auszeichnungen aussprechen. Ich habe mich sehr gefreut und bin auch ein bisschen stolz darauf.

Professor Di Fabio, wir danken für dieses Gespräch.

Das komplette Interview ist nachzulesen auf der Website des Frank-Loeb-Instituts unter www.fli.uni-landau.de.